

Klimapolitische Fragen zur Rostocker Kommunalwahl 2024 im Rahmen der Podiumsdiskussion „Klima wählt mit“ am 02.Mai 2024

Antworten von der Partei/ Liste: **FDP Rostock**

Welche Maßnahmen halten Sie für geboten, um einen Wechsel möglichst viele Rostocker:innen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV und den Radverkehr zu befördern? Braucht es ihrer Meinung nach hierfür eine Priorisierung von Straßenbahnnetzweiterung, Fortsetzung des MIRROR-Projektes und Radwegeausbau gegenüber Straßenbauprojekten, ja sogar grundsätzlich neue Wege in der Verkehrsplanung und beim Parkraummanagement? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMAVESTRÄGLICHE MOBILITÄT)**

Für uns ist wichtig, dass den Bürgerinnen und Bürgern Angebote gemacht werden, bevor Ihnen durch ein Verbot etwas weggenommen wird. Wir halten es für falsch, Verbotsdiskussionen zu führen, bevor es Alternativen gibt. Was Alternativen und Angebote angeht, sind für uns drei Punkte wichtig: (1.) Park+Ride, Carsharing und andere Angebote für Alternativen zum PkW müssen gefördert werden, Stichwort: Intermobilität. Das muss die Stadt vor allem neue und bessere Angebote schaffen, die den Umstieg vom eigenen PkW auf Bus, Bahn, Fahrrad oder in anderen Kombinationen, erleichtert und wesentlich attraktiver macht. Ein unbeleuchteter Stellplatz am Stadtrand, für den ich ein Stellplatzticket und dann noch ein ÖPNV-Ticket zahlen muss, um dann 20 Minuten später überhaupt dort abfahren zu können, erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Wir wollen bessere bauliche Bedingungen, bessere Taktungen, bessere Anbindungen, einfacheren Umstieg und einfachere (digitale) Bezahlungsmöglichkeiten. (2.) Insgesamt muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden. Den geplanten Ausbau des Straßenbahnnetzes zwischen Zoo und Reutershagen begrüßen wir ausdrücklich. Für die Kleingärten muss gleichwohl eine Lösung gefunden werden, bei der es nicht zu einer Verringerung der Parzellen insgesamt kommt – das halten wir aber durchaus für machbar. Ausbau des Nahverkehrs meint auch Nutzung der Digitalisierung: Wir wollen eine intermodale App, in der die Angebote aller Verkehrsträger in Rostock angezeigt werden können und alle Verkehrsdienstleister einbezogen werden. (3.) Radwege und Bürgersteige müssen saniert und ausgebaut werden. Dabei müssen gleich Konflikte zwischen den einzelnen Fortbewegungsarten vermieden werden. Wir fordern, dass das Radwegenetz kontinuierlich und zusammenhängend ausgebaut wird, um auch so ein Angebot zum Umstieg vom PkW zu schaffen.

Wie stellen Sie sicher, dass Jugendliche zum Thema Klimaschutz nicht nur beteiligt, sondern die Ergebnisse dieser Beteiligung auch genutzt werden, d.h. in die politischen Beschlussfassungen der Stadt einfließen? Inwiefern halten Sie Bürger:innenbeteiligung (z.B. Bürgerräte) für die Umsetzung der Klimaziele generell für wichtig - und inwiefern ist Bürger:innenbeteiligung für Sie auch Jugendbeteiligung? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND BETEILIGUNG)**

Zum Thema Bürgerbeteiligung haben sich die Freien Demokraten bereits seit dem Wiedereinzug in die Rostocker Bürgerschaft 2019 aktiv dafür eingesetzt, dass ein Bürgerhaushalt in der Stadt eingeführt wird. Dieses Projekt wollen wir weiterhin mit aller Kraft unterstützen. Bürgerhaushalt meint, dass die Rostockerinnen und Rostocker über den Einsatz der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen können. Mit dieser aktiven Beteiligungsform kann in einem konkreten Bereich auf kommunaler Ebene bewirkt werden, dass Bürgerinnen und Bürger direkt Einfluss auf konkrete politische Inhalte nehmen können. Auf diese Weise können auch konkrete Klimaprojekte im Haushalt mitbestimmt werden. Anderen Formen der Beteiligung stehen wir insoweit offen gegenüber, wie sie mit dem

grundsätzlichen Gedanken der indirekten Demokratie und den Rechtsstaatsprinzipien vereinbar sind. Vorschlägen, „neue“ Verfassungsorgane (Gesellschafts- oder Bürgerräte) zu schaffen, die beispielsweise aus „zufällig gelosten Menschen“ bestehen, stehen wir kritisch gegenüber. Die deutsche Geschichte hat mehrfach gezeigt, dass es einer stabilen Verfassung braucht, wie das Grundgesetz sie bietet. Die pauschale Forderung nach einem „Gesellschaftsrat“ sehen wir als Angriff auf unsere demokratische Werteordnung, weil sie nicht genau beschreibt, wie die Verfassung geändert werden soll, welche Zuständigkeiten und Befugnisse dieser Gesellschaftsrat haben soll und wie die demokratischen Grundprinzipien (Freiheit, Gleichheit der Wahl, Demokratieprinzip, Rechtsstaatsprinzip, Gleichheit vor dem Gesetz) eingehalten werden sollen. Soweit teilweise gefordert wird, dass in den Räten die Gesellschaft „bestmöglich abgebildet“ werden soll, ignoriert das den Grundsatz, dass Menschen einzigartig und nicht nur die Summe der „Klassen“ sind, in die man sie einordnen kann. Es ignoriert auch den Wahlrechtsgrundsatz, wonach die Wählerinnen und Wähler frei entscheiden, wen sie wählen und wonach das Ergebnis gerade nicht vor der Wahl feststehen muss -auch nicht teilweise in dem Sinne, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen im Wahlergebnis abgebildet sein müssen. Das Ergebnis der Wahl müssen in einer Demokratie die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Die Forderung nach Bürger- oder Gesellschaftsräten in der bisherigen Form lehnen wir daher entschieden ab.

Eine Möglichkeit, eine gesunde und nachhaltige Lebensmittelversorgung für alle zu fördern ist die Entwicklung einer Ernährungsstrategie für Rostock (fair, regional und sozial gerecht). Eine Ernährungsstrategie verankert das Thema Ernährung in allen Bereichen und wird so z. B. in der Stadtplanung (Stichpunkt „Essbare Stadt“) berücksichtigt. Sie soll eine gute und nachhaltige Ernährungsweise für alle Menschen so einfach wie möglich machen. Setzen Sie sich für einen Bürgerschaftsbeschluss dazu ein? Wird es dazu eine Ansprechperson / Stelle in der Verwaltung geben? In wie fern wird der Ernährungsrat in die Entwicklung einer Ernährungsstrategie eingebunden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND REGIONALE ERNÄHRUNG)**

Wir setzen uns für eine gesunde und nachhaltige Lebensmittelversorgung ein. Wir glauben, dass der bloße Beschluss einer „Ernährungsstrategie“ der falsche Weg zum Ziel ist. Die Rostocker Bürgerschaft hat zu einer Vielzahl von Themen im Bereich Klima / Nachhaltigkeit eine Reihe von Konzepten / Strategien beschlossen – es gab viele Power-Point-Präsentationen. Auch ein weiterer Beschluss dieser Art, ein weiteres Papier, eine weitere Satzung, eine weitere Regelung, wird kein Problem lösen. Hinsichtlich der Frage, was „gesund“ ist, entscheiden das die Nachfrager. Die Stadt kann und soll überhaupt nur dort Regelungen treffen, wo sie selbst betroffen ist, etwa beim Schulesen oder beim Angebot von z.B. Kantinen in öffentlicher Hand. Im Grundsatz entscheidet jede Bürgerin und jeder Bürger selbst, was er kauft und isst. Das hat der Staat, hat die Stadt nicht durch eine Ernährungsstrategie zu entscheiden. Für das Thema „Ernährung“ kann die Stadt nur in ihrem Zuständigkeitsbereich, etwa beim Schulesen oder beim Angebot öffentlicher Kantinen, tätig werden. Hier braucht es ebenfalls keine neue Strategie, sondern die Umsetzung von bereits existierenden Mitteln und Möglichkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass z.B. Schulesen am Markt beschafft und ausgeschrieben wird, dass es kleinteilig ausgeschrieben wird, damit lokale Produzenten sich beteiligen können und die Ausschreibung für Anbieter / Produzenten aus entfernteren Regionen unattraktiv wird. Auf diese Weise kann mit den Mitteln der öffentlichen Ausschreibung und des Wettbewerbs am Markt eine regionale und nachhaltige Produktion gefördert werden. Die Schaffung zusätzlicher Gremien ohne klare Zuständigkeit und ohne erkennbare demokratische Legitimation lehnen wir ab.

In Zukunft wird die Stadt Rostock besser gegen Extremwetter (durch Starkregen, Überflutungen und Hitze) geschützt werden müssen. (z.B. Hochwasserschutz-, Hitzeschutz- und Katastrophenschutzpläne). Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie diesen Herausforderungen begegnen? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMAANPASSUNG)**

Bei diesen Fragen geht es um staatliche Kernaufgaben, die den Themenbereich Infrastruktur, Gefahrenabwehr betreffen und die mit z.B. den Mitteln des Bauplanungsrechts umgesetzt werden müssen. Wir Freien Demokraten haben uns dafür eingesetzt und werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Verwaltung hier ihren Pflichten nachkommt und werden das sachlich begleiten und unterstützen. Hochwasserschutz – gerade am Stadthafen – stellt in der vorhandenen baulichen Situation eine Herausforderung dar. Hier ist die Stadt gefragt, durch Ausschreibungen am Markt, die besten Planer und die besten Unternehmen zu engagieren, die die städtebaulichen Zielstellungen bestmöglich umsetzen und gleichzeitig den Hochwasserschutz realisieren. Was Starkregenereignisse angeht, ist an die Ertüchtigung der vorhandenen Infrastruktur, seien es Straßen und Wege, sei es das öffentliche Kanalsystem, zu denken. Auch hier wird von der Stadt vermehrt und qualitativ hochwertig investiert werden müssen, wobei gleichzeitig Straßen, Wege, sonstige Infrastruktur benutzbar bleiben müssen – notwendige Maßnahmen müssen so geplant sein, dass sie den Betrieb der Einrichtungen möglichst wenig stören.

Die Folgen des Klimawandels verstärken global existierende soziale, ökonomische und ökologische Problemlagen. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zeigt daher deutlich, dass es in Zukunft mehr Klimageflüchtete geben wird. Was sind ihre Visionen im Bezug auf den Umgang klimabedingter Migration in Rostock? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND MIGRATION)**

Die Gründe für Migration sind vielfältig. Ob sie alle nach geltendem Recht zu einem Aufenthaltstitel in Deutschland führen, wollen wir an dieser Stelle nicht beurteilen. Für die kommunale Ebene spielt weniger die Ursache für die Migration, als der Umgang mit den Migrantinnen und Migranten eine Rolle. Migration verschärft bestehende Konfliktlagen (etwa Wohnungsmangel; Unterbringungsfragen) und bringt neue Konfliktlagen hervor, die sich z.B. aus kulturellen Unterschieden ergeben können. Um dem begegnen zu können muss eine Kommune gut aufgestellt sein. Daher sind die Themen, wie bessere z.B. Bauleitplanung oder die Digitalisierung der Verwaltung, solche, die sich auch auf die Frage des Gelingens einer besseren Integration von Migrantinnen und Migranten auswirken. Um mit den Folgen verstärkter Migration besser umgehen zu können, muss die Stadt als staatlicher Akteur sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, zu denen z.B. die Bauleitplanung oder der kommunale Ordnungsdienst gehören. Eine effizientere, weil digital arbeitende Verwaltung, die ihre Kernaufgaben erledigen kann ist ein wesentlicher Baustein, um mit diesen Herausforderungen umgehen zu können.

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Bereich der urbanen Mobilität steht das Parkraummanagement immer stärker im Fokus von Entscheidungsträger:innen. Die effektive Nutzung von öffentlichen Flächen hat weitreichende Auswirkungen auf verschiedene Aspekte des städtischen Lebens, darunter der Flächenverbrauch, die Gestaltung lebenswerter und attraktiver öffentlicher Räume, die Förderung einer klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung sowie die soziale Gerechtigkeit. Angesichts der Knappheit und des Wettbewerbs um städtische Flächen zwischen verschiedenen Interessensgruppen und Nutzern ist es unerlässlich, einen umfassenden Plan für das Parkraummanagement zu entwickeln. In Rostock gibt es derzeit zahlreiche einzelne Maßnahmen und Konzepte zum Thema Parken, jedoch fehlt ein übergreifendes Ziel und eine Strategie zur effektiven Gestaltung des Parkraums. Was ist ihre Vision hinsichtlich dem Thema Parken? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND STADTENTWICKLUNG)**

Die Parkplatznot in Rostock ist hausgemacht! Nach der Sanierung von Straßen fallen nicht selten die Parkplätze ersatzlos weg. Anstatt Nutzungskonflikte zu vermeiden, schafft die Stadt die Probleme schon in der Planung. Das gilt bei Umgestaltungen genau wie bei der Planung neuer Wohn- und Gewerbegebiete – und das mit voller Absicht. Beispielsweise sollen im Gebiet am Groten Pohl nach den Vorstellungen der Verwaltung nur 0,6 Stellplätze pro Wohnung geschaffen werden. Die Stellplatzsatzung sieht aktuell einen PKW-Stellplatz pro Wohnung vor. Und auch die jetzigen Vorgaben führen schon zu einem erheblichen Parkplatzmangel und ständigen Nutzungskonflikten, wie sich in vielen anderen Stadtteilen beobachten lässt. Als Freie Demokraten sagen wir: Die Stellplatzanzahl bereits in der Planung zu reduzieren, geht an der Realität der Menschen vorbei! Wir Freie Demokraten fordern ein realistisches Parkplatzkonzept für alle Stadtteile.

Statt einer permanenten Reduzierung der Stellplätze muss zuerst die Stärkung der Attraktivität von ÖPNV und alternativen Mobilitätsformen vorgebracht werden. Es müssen erst neue Angebote vorhanden sein, bevor bestehende Angebote abgeschafft werden können. Solange die schnelle Anbindung in den Landkreis hinein nicht gegeben ist, bringt die künstliche Schaffung von Parkplatzmangel rein gar nichts. Die Menschen sind auf ihr Auto angewiesen und die Probleme vorprogrammiert.

Dazu kommt, dass viele Bewohner aus dem Umland und Besucher die Innenstadt meiden, weil keine oder nur teure Stellplätze vorzufinden sind. Dagegen ist vor den Toren der Stadt kostenloses Parken, zum Beispiel für den kurzen Weg beim Einkaufen, die Normalität. Auch um die Innenstadt am Leben zu erhalten, braucht es mehr Parkmöglichkeiten.

Anstelle weiterer, neuer Pläne fordern wir zudem die Umsetzung bestehender Konzepte, wie z.B. des Mobilitätsplan Zukunft. Dieser sieht u.a. bereits Vorgaben für besseres Park+Ride vor – für das wir uns ebenfalls einsetzen – damit gute Angebote einen Anreiz dafür darstellen, das Auto stehen zu lassen und auf andere Verkehrsträger (ÖPNV) umzusteigen. Das beinhaltet auch den Ausbau von ÖPNV Strecken. Für die damit einhergehenden Nutzungskonflikte müssen und können Lösungen gefunden werden, wenn der politische Raum das will. Etwa, indem gezielt Ausgleichsflächen für z.B. Kleingärten gesucht werden, anstelle den ÖPNV gegen andere Nutzungsinteressen auszuspielen.

Seit fast 2 Jahren besitzt die Stadt Rostock einen Wärmeplan. Dennoch wurden noch keine Projekte aus diesem umgesetzt. Ein Problem stellt die Finanzierung da. Doch statt die Stadtwerke bei dieser wichtigen Transformation zu unterstützen, schöpft die Stadt Rostock jedes Jahr Gewinne bei diesem kommunalen Unternehmen in Millionenhöhe über die RVV ab. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um eine schnellstmögliche Umsetzung des Wärmeplans zu gewährleisten? Woher soll das Geld genommen werden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND WÄRMEPLAN)**

Der aktuell vorliegende Wärmeplan von Rostock geht an der Realität und den Bedürfnissen der Bürger und der Unternehmen vorbei. Ziel kann nicht eine zentralistische Vorgabe sein. Vielmehr muss ein entsprechender Plan die Eigenheiten des jeweiligen konkreten Standortes sowie die möglichen Angebote vor Ort berücksichtigen. Allein auf die Fernwärme zu setzen, bedeutet, die Kosten für deren Ausbau massiv in die Höhe zu treiben und die Risiken und die Risikofolgen dieses zur kritischen Infrastruktur gehörenden Netzes weiter zu erhöhen. Wir Freie Demokraten treten ein für eine Energieversorgung der Rostocker Bürger und Unternehmen, die diese sich auch leisten können. Deshalb wenden wir uns gegen den Zwangsanschluss an die Fernwärme und sehen nicht nur Wärmepumpen als Alternative an. Wir unterstützen dezentrale Cluster zur Energieerzeugung, die sowohl Strom als auch Wärme produzieren können. Die Fernwärme soll nur in den Bereichen ausgebaut und erhalten

werden, in denen dieses unter wirtschaftlichen und Risiko-betrachtenden Aspekten sinnvoll ist. Der Einbau von Wärmepumpen ist gerade im Altbau nicht oder nur bedingt sinnvoll bzw. möglich. Lokale Energiecluster, die die Energie für mehrere Wohn- und Unternehmenseinheiten selbst erzeugen können (z.B. Solarenergiesysteme, Blockkraftwerke, Wärmerückgewinnung, etc.) sehen wir als eine gute und wirtschaftliche Möglichkeit an, damit sich die Einwohner Rostocks auch morgen noch ihren Energiebedarf leisten können.

Ist ein Festhalten an den aktuellen Flächenplanungen für die Seehafenerweiterung überhaupt noch vertretbar, wenn doch gutachterlich festgestellt wurde, dass bspw. Eingriffe in das Moorgebiet Peezer Bach nicht kompensierbar sind (Stichwort: Verlust der Artenvielfalt)? Inwiefern denken Sie, dass es neue Indikatoren für Wirtschaftsentwicklung braucht, weil das Ziel "möglichst viele Industrieansiedlungen für den Standort Rostock" nur noch unter Vorbehalt als prioritäres Entwicklungsziel gelten kann? Oder, anders gefragt: Wie kann eine "sozial-ökologische Wirtschaftsförderung" aussehen, d.h. eine Wirtschaftsförderung am Standort Rostock, die Klimaschutzargumente angemessen berücksichtigt? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA & MOOR und WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG)**

Klimaschutz und Wirtschaftsentwicklung schließen sich nicht wechselseitig aus. Eine Wirtschaftsförderung am Standort Rostock, die Klimaschutzargumente berücksichtigt, findet aus unserer Sicht - hinsichtlich des Klimaschutzes - mehr als ausreichend statt. Dies geht leider deutlich zu Lasten der Wirtschaftsförderung. Denn die Planungsphase für die Hafenerweiterung zieht sich nunmehr seit Jahren hin. Die Fragen des Natur- und Klimaschutzes werden dabei regulär in den Verfahren - etwa bei der Aufstellung von Bauleitplänen nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften geprüft und die wechselseitigen Interessen gerecht gegeneinander abgewogen. Der bloße Verlust weniger Arten auf einer vergleichsweise geringen Fläche ist aus unserer Sicht hinnehmbar, wenn auf der anderen Seite die Entwicklungschancen einerseits für die Region Rostock und andererseits z.B. auch für den Klimaschutz (durch die Möglichkeit, neue Energieträger, wie grünen Wasserstoff, umzuschlagen und unabhängiger von fossilen Energien zu werden) eingeschränkt werden. Wir halten es für weder wirtschaftlich, noch ökologisch sinnvoll, mit absoluten Forderungen Vorhaben verhindern zu wollen, die jedenfalls Beiträge für eine Verbesserung der wirtschaftlichen wie ökologischen Gesamtbilanz sein können. Insofern ist aus unserer Sicht ein Festhalten an den Flächenplanungen für die Seehafenerweiterung mehr als nur vertretbar, sondern wünschenswert.

Es gibt zahlreiche Beschlüsse zum Thema umweltfreundliche Mobilität (Modal Split, Fahrradstadt Rostock, grüne Wegeverbindung, Barrierefreiheit, Mobilitätskonzept, Bau von Radschnellwegen, Bau eines Fahrradparkhauses am Hbf, etc) und Klimaneutralität der Stadt bis 2035. Seit Jahren haben wir den Eindruck, dass diese zahlreichen Beschlüsse von der Verwaltung unzureichend umgesetzt werden. Wie wollen Sie als Bürgerschaft erreichen, dass Ihre Arbeit nicht umsonst ist und die Beschlüsse real in der Stadt zeitnah zu sehen sind? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND STADTVERWALTUNG)**

Es kommt entscheidend auf die Strukturen in der Verwaltung an, um den Beschäftigten eine maximal sinnvolle Tätigkeit zu bieten und den Bürgerinnen und Bürgern eine schnellstmögliche Bearbeitung ihrer Belange zu ermöglichen.

Die Verwaltung muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Diese wollen wir Freien Demokraten neu definieren. So muss beispielsweise das Thema Wirtschaft in der Verwaltung und Führung abgebildet sein. Gleichzeitig können viele Aufgaben durch Auslagerung und Digitalisierung aus den Verwaltungsstrukturen herausgelöst werden. Deutlich wird ein solches

Vorgehen am Beispiel der Unterbringung von Flüchtlingen in der Hansestadt. Lediglich die Verteilung und die Verwaltungsakte werden innerhalb der Stadtverwaltung abgebildet. Versorgung, Sicherheit und Betreuung werden durch externe private und gemeinwohlorientierte Akteure erbracht.

Zu den wichtigsten Prozessoptimierungen für ein Gelingen von Großprojekten in Rostock gehört eine Entschlackung des Vergabemanagements, vermehrte Schulungen der damit befassten Mitarbeiter und der Einsatz der nach den 2016 bzw. 2019 erfolgten Reformen des Bundes- und Landesvergaberechts gegebenen rechtlichen Flexibilisierungsmöglichkeiten. Dadurch soll die Stadt verstärkt in die Lage versetzt werden, Leistungen wirtschaftlich am Markt beschaffen zu können und auch tatsächlich dort zu beschaffen, anstatt sie in (meist schlechterer) Qualität deutlich teurer selbst auszuführen. Für eine moderne Verwaltung darf „erweiterte Richtwertmethode“ kein Fremdwort sein.

Rostock ist ein militärischer Standort (Marine, Luftwaffe und drum herum Heeresaufmarschgebiet). Die Bundeswehr mitsamt der Rüstungsindustrie haben mit die größten Einzel-CO2-Emissionen. Können Sie sich vorstellen, einen Beschluß durch die Bürgerschaft zu einzubringen, in dem zukünftig der Bundeswehr sowie der Rüstungsindustrie keine weiteren Nutzungsflächen zur Verfügung gestellt werden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND RÜSTUNGSINDUSTRIE)**

Nein. Die Notwendigkeit einer funktionierenden Bundeswehr als Verteidigungsarmee hat sich spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine noch einmal deutlich gezeigt. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, die Bundesrepublik Deutschland, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und die Menschen effektiv zu verteidigen. Dazu gehört auch, dass der Bundeswehr an ihren Standorten ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden und dass es eine Rüstungsindustrie gibt, die in der Lage ist, die notwendigen Verteidigungsmittel in ausreichender Zahl und Qualität herzustellen.

Andere Staaten, z.B. Russland und China, nehmen wenig Rücksicht auf Klimafragen. Sie interessieren sich auch nicht für die Freiheit der Menschen, für Demokratie oder für den Schutz des Lebens. Die Verteidigungsfähigkeit gegen solche Staaten muss daher vorhanden und angemessen sein. Dies pauschal mit dem Argument des Klimaschutzes in Frage stellen zu wollen, halten wir für naiv und weltfremd. Angesichts des in nur geringer Entfernung in Osteuropa tobenden Krieges mit hunderttausenden Toten und weitreichender Zerstörung etwas zu fordern, was den eigenen Schutz vor Krieg, Folter, Tod und diktatorischer Fremdherrschaft einschränkt und dies mit dem Argument zu begründen, dass die Bundeswehr dem Klima schade, ließe den Eindruck entstehen, dass den Antragstellern der Wert des menschlichen Lebens wenig bedeutet. Das sehen wir entschieden anders. Wir halten es für unverantwortlich und menschlich fragwürdig, einen solchen Antrag in diesem Kontext zu unterstützen.